

Macht die Verwaltung in Sachsen, was sie will?

Zwei Beispiele für Behördenwillkür

Beispiel 1: Sondermülldeponie Mügeln

Seit Monaten kritisierten engagierte Bürger in Mügeln beunruhigende Mülltransporte zum dortigen Schießplatz des Schützenvereins. Nachfragen beim Vereinsmitglied und Bürgermeister Deuse ergaben, dass vom Unternehmer Fronhofen kostenlos Sicherheitswälle errichtet werden sollen, die aus Mangel an Bodenmaterial mit Genehmigung des Landratsamtes aus unbelasteten geschredderten Gummiabfällen aufgebaut werden dürfen.

Die Realität sieht allerdings anders aus. Tausende Tonnen ölverschmierte Schläuche und Dichtungen, Elektrokabel, Elektronikplatinen und nicht bestimmbare Abfälle werden in 100 Meter langen und bis zu 4 Meter hohen Wällen vergraben. Jeder Laie sieht, dass diese Abfälle auf keinen Fall aber in der freien Landschaft grundwassergefährdend abgelagert werden dürfen.

Polizei und Staatsanwaltschaft kommen trotz Fotodokumentation, verlässlichen Zeugenaussagen und Ortsbesichtigung in ihren Ermittlungen nicht weiter, eine akute Gefährdung wollen sie nicht wahrnehmen. Bürgermeister und Landratsamt vermögen auch nichts Rechtswidriges zu erkennen. Das Regierungspräsidium Leipzig versteckt sich hinter den laufenden Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und lehnt ein klärendes Gespräch mit dem BUND und den GRÜNEN ab.

Als dann der zuständige Umweltminister Prof. Dr. Wöller im sächsischen Parlament von Unregelmäßigkeiten oder gar Straftaten auf dem Schießplatz Mügeln nichts wissen will, platzt der vom BUND zwischenzeitlich gegründeten Bürgerinitiative „Mügeln ohne Müll und Lärm“ unter der Führung von Rechtsanwalt Frank Hannig aus Dresden der Kragen: Mit Hilfe der Redaktion Escher vom MDR gelingt es, die verantwortlichen Politiker zu sensibilisieren.

Zwar flüchten Bürgermeister und mitverantwortlicher Bauunternehmer zunächst, doch Umweltminister Wöller sagt Peter Escher vor laufender Kamera die sofortige Einleitung der erforderlichen Maßnahmen zu.

Und plötzlich scheint alles ganz einfach. Vom Regierungspräsidium angeordnete Proben belegen die erhobenen Vorwürfe. Das Landratsamt Torgau - Oschatz erinnert sich an seine Zuständigkeiten und erlässt Anordnungen zur Beseitigung der illegalen Ablagerungen. Nur der Bürgermeister bleibt noch stur. Obwohl ein Verbot des RP vorliegt, die Abfälle vor Ort zu sortieren, setzt er 1-Euro-Jobber ohne Schutzkleidung ein, um die einer Spezialbehandlung zuzuführenden Abfälle auszusortieren. Bleibt abzuwarten, ob die staatliche Verwaltung nicht doch in der Lage ist, Recht und Gesetz auch in Sachsen durchzusetzen.

Beispiel 2: Dioxin- und Dreckschleuder Stahlwerk Riesa

Die Krebsstatistik weist erhöhte Raten im Umfeld um das Automobilschrott verarbeitende Stahlwerk FERALPI aus. Eine von BUND Mitgliedern betriebene professionelle Messstation belegt, dass der Grenzwert für Feinstaubkonzentration (PM10) regelmäßig bis zu mehreren hundert Prozent überschritten wird. Bereits viermal hat es in der Schredderanlage gebrannt mit unkontrollierter Freisetzung großer Mengen dioxinhaltiger Abgase.

Beim Schmelzprozess ereignen sich regelmäßig gefährliche Druckerhöhungen, so dass Abgase ohne Filterung in die Umwelt abgeblasen werden. Die Dioxinwerte im Boden der umliegenden Kleingärten sind so hoch, dass z.B. Hühnereier und Zucchini nicht mehr verzehrt werden dürften, ein behördliches Nutzungsverbot wäre notwendig.

Eine benachbarte Schule muss die Fenster schließen, weil der Gestank der Abgase aus dem Stahlwerk unerträglich ist.



Das alles scheint die Politiker und die Verwaltung jedoch nicht zu interessieren. So misst das RP nur im Schornstein, die anderen diffusen Quellen interessieren nicht. Stilllegungsverfügungen werden vom RP zwar erlassen, aber nicht durchgesetzt.

Damit die Kritik der Bürger im Stadtteil Gröba aufhört, plant die Oberbürgermeisterin, diesen Bereich zu entsiedeln und zum Industriegebiet erklären zu lassen. Dabei übersieht sie, dass die Luftverschmutzung aus dem zu niedrigen Schornstein und durch unkontrolliert entweichende Schadstoffe inzwischen ganz Riesa verseucht hat.

Ein Umweltmonitoring zur Dokumentation der Umweltbelastung hält der Kieler Ökotoxikologe Dr. Kruse für unumgänglich. Ebenso ist eine flächendeckende Bestandsaufnahme der Schadstoffe in Boden, Grundwasser und Vegetation dringend geboten. Doch Stadtrat und Oberbürgermeisterin wehren sich dagegen, ihr Amt zum Wohl aller Bürger auszuüben. So profitiert FERALPI von billigen Produktionsmethoden, gefährdet die Gesundheit der Mitarbeiter und der Bürger von Riesa und macht die Region auf Dauer unbewohnbar. Ist das der Preis für rund 400 Arbeitsplätze?! Doch es besteht Hoffnung, Bürger und BUND wehren sich.

SACHSEN

IMPRESSUM

Herausgeber:
BUND Sachsen e.V.
Henriettenstrasse 5
09112 Chemnitz
verantwlt. Redakteurin:
Kerstin Treptow
Tel.: 0371 - 30 14 77
Fax: 0371 - 30 14 78

www.bund-sachsen.de
bund.sachsen@bund.net

Rückfragen beantwortet:
Hans-Udo Weiland
Tel. 03423 - 60 84 24
oder weiland@bund-sachsen.de

Was man über Elektrosmog wissen sollte, Fortsetzung aus Heft 01/2008

Die Grenzwerte postulierte ein industrienaher Verein in München, der sich den hochtrabenden Namen ICNIRP (internationale Kommission zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung) gegeben hat. Seine Mitglieder ernennt er selbst, er ist von niemand legitimiert worden. Er beruft sich auf Laboruntersuchungen zur Stromdichte bzw. Erwärmung bei Nagetieren. Die leben aber höchstens zwei Jahre. Für alle Verantwortlichen ist nun ICNIRP das Alibi, alle anders lautenden Stimmen werden abgeschmettert.

Wenn man offiziell zugeben wird, sich geirrt zu haben, hat man in ICNIRP die „schuldige“ Institution, die man jedoch nicht verantwortlich machen kann. Fein eingefädelt.

Zur Gesundheitsvorsorge, also zum Langzeitschutz, sagen die ICNIRP-Grenzwerte nichts, sondern z.B. beim Mobilfunk nur zum Schutz vor Erwärmung (auch da sind die Werte zweifelhaft) - wie sie die häusliche „Mikrowelle“ nutzt. Trotzdem gilt seit 1997 ungeändert die 26. BImSchV (Bundesimmissionsschutzverordnung), die allein auf den ICNIRP-Richtlinien beruht und Vorsorge nicht enthält. Dessen bewusst, hat der Gesetzgeber 2001 beschlossen, zusätzlich Vorsorgemaßnahmen zu verlangen. Welche, hat er aber bis heute nicht gesagt. Ist das Rücksichtnahme auf konservative Industriekreise, denen die Zukunft egal ist? Warum sollten die etwas tun, was nicht verlangt wird und bei der Umstellung Kosten verursacht? Die von Schröder erfundene Mache der „freiwilligen Vereinbarungen“ war Unsinn von Anfang an.

Für die Dauerbestrahlung von Menschen - bei den Basisstationen der Normalfall - gibt es die Erfahrungswerte der Baubiologen, Ergebnisse des illegalen Großversuchs. Die Empfehlungen der Baubiologen liegen millionenfach unter den staatlichen Grenzwerten, und nicht nur „ein bisschen“, wie die Schweizer Werte. Das bedeutet: Wenn beispielsweise die Strahlungsflussdichte 1 Promille des Grenzwertes beträgt, ist sie tausendfach zu hoch. Behörden können trotz des schlimmen Vorwurfs unterlassener Hilfeleistung nicht eingreifen, denn das Gesetz sagt, Elektrosmog kann unterhalb der Grenzwerte nicht krank machen. Das ist zwar absurd, aber für die Gerichte bindend. Die Bürger sind rechtlos dem Smog ausgesetzt, ob stark oder schwach.

Eine gespenstige Situation, die die Grundfesten der Demokratie berührt und jeden Wettbewerb um umweltfreundliche Verfahren und Produkte verhindert. Ökologische Marktwirtschaft der Kommunikationsbranche - bisher Fehlansage. Die Konzerne haben das Monopol. Zum Schaden der Umwelt, der Wirtschaft und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Die Verfassung wird permanent verletzt und keiner merkt es? Alle Mobilfunk-Basisstationen sind grob fahrlässig ausgelegt, aber keiner spricht darüber?

Die Grenzwerte der Kraftflussdichte niederfrequenter Magnetfelder, seit langem als Ursache eines erhöhten Leukämierisikos bei Kindern unter Hochspannungsleitungen und neben Transformatoren identifiziert, sind ebenfalls millionenfach zu hoch. Der BUND hat das schon 2001 erkannt - es wird ignoriert.



Das Ergebnis fehlender Fachkompetenz eines sächsischen Energieversorgers 2006

Welche Folgen Elektrosmog weit unterhalb der Grenzwerte für Mensch und Umwelt hat, sollte wirklich jeder im eigenen Interesse und aus Verantwortung für das Ganze wissen - vor allem im Interesse der Kinder. Es ist dabei notwendig, den eigenen kritischen Verstand einzusetzen, um aus den sich total widersprechenden Meinungen die Wahrheit heraus zu finden. Dazu muss man kein ausgebildeter Fachmann für Elektrosmog sein, sondern sich nur immer fragen: Warum wird das behauptet, welche Interessen stecken dahinter? Dadurch ist das Ergebnis vorbestimmt. Betroffene können befragt werden, das Internet ist voller Informationen, das Fernsehen hat unzählige Male berichtet.

Die Stimmung der Betroffenen steht auf Sturm, sie beginnen sich zu organisieren, denn sie

sind dem Smog rechtlos ausgesetzt. Vorsorge sei unnötig, da es gar keine Gefahr gäbe, sagt das BfS (Bundesamt für Strahlenschutz). Es ist unglaublich und unverantwortlich, dass es die Forschungsergebnisse der Bioinitiative Working Group aus den USA sowie die Forderungen der Präsidentin der Europäischen Umweltagentur und den Vergleich der Mobilfunkgefahr mit Asbest überheblich als Unsinn abqualifiziert und weiterhin Änderungen an den Grenzwerten ablehnt.

Gibt es noch jemand, der glaubt, das BfS sei objektiv? Wie geht es weiter, wo ist der Ausweg? Man lässt sich offiziell Zeit. In der Studie Mini Watt I des BMBF (Bundesministeriums für Bildung und Forschung) heißt es, gegenwärtig sei der Mikrowellen-Smog nicht bedenklich, man forsche nur vorsichtshalber. Das ist wenig glaubhaft. Ziel sei die Reduzierung auf ein naturnahes Niveau. Wir unterstützen das ausdrücklich. Mini Watt I wurde nicht in die Praxis umgesetzt. Der Abschluss der Studie Mini Watt II, die sich um Alternativen der Mobilfunktechnik kümmert, wurde um ein Jahr verschoben. Aber der BUND ist „am Ball“ und kann beweisen, dass umweltverträglicher Funk keine Utopie ist.

Wir halten die „ökologische Wende der Kommunikationstechnik“ für unaufschiebbar und bemühen uns um das Thema. Ohne Kompetenz ist nichts zu machen, denn das Vertrauen in die Experten ist dahin. Die Mobilfunk-Basisstationen von heute sind Energievernichter und Smogerzeuger, so unser Urteil. Die DECT - Telefone haben nicht einmal eine Leistungsregelung, als stammten sie von vorgestern. Einsparen von Energie und Vermeidung von Elektrosmog sind zwei Seiten der gleichen Medaille.

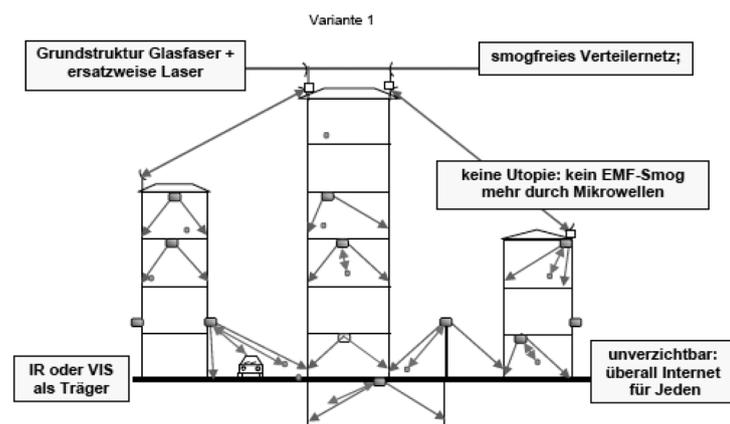
Es gibt beim Thema Elektrosmog auch erfreuliche Tendenzen. Leuchtdioden werden die Glühlampen ablösen, sie sparen viel mehr Energie als die „Energiesparlampen“. Flachbildschirme haben Röhrenbildschirme mit ihrer schwachen Röntgenstrahlung fast völlig ersetzt. Was am Wichtigsten ist: Kontinente und große Städte sind heute bereits durch Lichtleiterkabel verbunden, anders wäre der Datenstrom gar nicht zu bewältigen. Die Telekom will dank Glasfaser-DSL künftig auf die energievernichtenden Fernsehtürme verzichten. Statt Mikrowellen können bei Schnurlostelefonen, Computervernetzungen und Richtfunk Infrarotstrahlen oder sichtbares Licht verwendet werden.

Der Mobilfunk wird nachziehen und umweltverträglich werden. Durch Optoelektronik werden viele Arbeitsplätze geschaffen werden und ganz neue Industriezweige entstehen. Sollen uns erst Produkte aus dem Ausland überrollen, ehe unsere Verantwortlichen aufwachen?

Dem BUND sind Technikpessimismus und Verzichtsideologien fremd. Wir wollen nicht zurück zur Natur, sondern vorwärts im Einklang mit der Natur.

Wir sehen viele Möglichkeit von HiTec - Lösungen für den Umweltschutz. Ökonomie und Ökologie sind keine Gegensätze. Langfristig denkende Unternehmer werden darauf setzen. Wir sind für Mobilfunk. Der heute fast weltweite Standard des Mobilfunks ist aber völlig unakzeptabel und unsinnig, er hätte hinsichtlich der Biodiversität unabsehbare Folgen, denn die Gendefekte werden vererbt. Wir fordern, dass der Staat durch Steuergesetze umweltverträgliche Varianten begünstigt.

SMTS: aktive Femtozellen



So könnte es gehen

Der BUND unterstützt Entwicklungen, die mit weniger Energie und ohne Elektrosmog das gleiche oder mehr leisten, als die alten Funktechnologien. Optische Techniken leisten das, weil die „Bandbreite“ (der erreichbare Datendurchfluss) viel größer ist. Die Telekommunikations-Grundversorgung kann ganz ohne Elektrosmog erfolgen. Wenn das zum Allgemeinwissen gehört, wird das Problem Elektrosmog der Kommunikation weitgehend entschärft sein. Wir sind optimistisch, dass sich der Fortschritt durchsetzt.

Elektrosmog in der Starkstromtechnik ist ein Thema, dem wir uns in der Zukunft ebenfalls widmen müssen.

*Stefan Spaarmann
Mitglied im Landesvorstand Sachsen*